

## **ANTRAG**

**der Fraktionen der CDU und SPD**

### **Sicherung der Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen**

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung die Verhandlungen mit dem Bund zur Ausfinanzierung der Kinderwunschbehandlungen zügig mit dem Ziel einer Entlastung der betroffenen Paare abschließen möchte und fordert die Landesregierung auf, diese dann rückwirkend zum 1. Januar 2013 in Kraft zu setzen.

**Vincent Kokert und Fraktion**

**Dr. Norbert Nieszery und Fraktion**

**Begründung:**

Kinder sind eine Bereicherung unserer Gesellschaft.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine große Anzahl von Menschen, die in einer Partnerschaft leben und gerne Kinder hätten, deren Kinderwunsch sich aber aus medizinischen Gründen nicht erfüllt. Eine künstliche Befruchtung ist für viele die letzte Hoffnung. Paare, die sich für eine Familie entschieden haben, benötigen und verdienen Unterstützung.

Die Erfüllung des Kinderwunsches soll dabei nicht von der Vermögens- und Einkommenssituation der betroffenen Paare abhängig sein.

Seit 2004 haben in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherte Paare mit Kinderwunsch die Hälfte der Kosten der künstlichen Befruchtung selbst zu tragen. Dadurch gab es einen deutlichen Rückgang der Behandlungszahlen.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat in seinen Haushalt Mittel für die Bezuschussung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion bereitgestellt, um Paare finanziell zu entlasten. Eine Bereitstellung der Bundesmittel erfolgt jedoch nur, wenn sich die Länder mit mindestens der gleichen Förderhöhe an der Bezuschussung beteiligen. Ergänzend zur hälftigen Übernahme der Behandlungskosten durch die gesetzlichen Krankenkassen gemäß § 27a Absatz 3 Satz 3 SGB V sollen Bund und Land jeweils 25 % des den Paaren verbleibenden Eigenanteils übernehmen. Das Verfahren zur Länderbeteiligung soll mit Vordringlichkeit betrieben werden.

Nach derzeitigen Schätzungen beträgt der Finanzierungsanteil für das Land Mecklenburg-Vorpommern 180 T€